Klimaschulden und Reparationen – Was kann eine westeuropäische Großstadt wie Berlin leisten?

Dokumentation des BER-Fachgesprächs am 14. Mai 2025, 14:00 – 18:00 Uhr im Berlin Global Village

Abstract

Die Metropolen des Globalen Nordens bauen ihren Wohlstand maßgeblich auf Kosten des Globalen Südens auf. Seit Beginn der Versklavung und der Ausbeutung der Kolonien bis zur heutigen globalen Arbeitsteilung fließen viele Ressourcen in den Globalen Norden, wovon insbesondere die Ballungszentren profitieren. Dies führt zugleich zu einer massiven Umweltzerstörung und einem starken Anstieg der CO2-Emissionen. Der Globale Süden ist dabei unverhältnismäßig stark von den Folgen der Klimakrise betroffen. Um diese Ungerechtigkeit und unterschiedliche Verantwortlichkeiten sichtbar zu machen, fordern viele Reparationen und betonen die Klimaschulden des Globalen Nordens. Der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) hat Akteur*innen zu einem Fachgespräch eingeladen, um gemeinsam die Rolle, Verantwortung und das Handlungspotenzial Berlins zu reflektieren – und um die Themen Reparationen und Klimaschulden stärker sichtbar zu machen.

veranstaltet vom Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER)

Was sind Klimaschulden und wie hoch sind sich daraus ergebende Reparationen?

Oumarou F. Mfochivé betonte, dass der Klimawandel das Resultat eines kolonialen Wirtschaftssystems ist, das durch moderne Entwicklungspolitik fortgesetzt wird. Am Beispiel Kameruns zeigt sich, wie die deutsche Kolonialherrschaft (1884-1916) durch Monokulturen und Ressourcenausbeutung nachhaltige ökologische Schäden verursachte. Als Antwort werden Klimareparationen für 1990 bis 2020 vorgeschlagen – konkret eine deutsche Zahlung von 38 Milliarden Euro an Kamerun als Instrument zur Wiederherstellung struktureller Gerechtigkeit.

Welche Diskurse zu Reparationen gibt es in anderen europäischen Städten?

Laura Kotzur stellte Reparationsinitiativen auf lokaler Ebene in britischen Städten wie Lambeth und Bristol vor, die die Kontinuität von historischer Versklavung zu heutigen neokolonialen Strukturen und Ungleichheiten aufzeigen. Diese kommunalen Initiativen verbinden lokale mit globalen Ungerechtigkeiten und fordern einen partizipativen Prozess zur Entwicklung ganzheitlicher Reparationen. Diese lokale Initiativen können das Thema vorantreiben, auch wenn es auf nationaler Ebene dazu keine Aktivitäten gibt.

Wie könnten Klimareparationen in Berlin gedacht werden?

Serttas Dündar skizzierte am Beispiel Berlins ein dreistufiges Reparationsmodell (nach Maxine Burket): Die Ebene des Vergebens erfordert Entschuldigungen nicht nur von der Politik, sondern auch von Unternehmen, Kulturbetrieben und Wissenschaft. Die Ebene der Entschädigung umfasst eine Neuausrichtung der Süd-Nord-Partnerschaftsarbeit, einen Perspektivwechsel in der Migrationspolitik und steuerliche Abgaben an betroffene Regionen. Die Garantie der Nicht-Wiederholung verpflichtet zu einer Postwachstumsökonomie und zur global gerechten Gestaltung des sozial-ökologischen Wandels.

In den Workshops diskutierten die Teilnehmenden Formen und Berechnungswege von Reparationen und Klimaschulden, die Rolle der Zivilgesellschaft sowie die Sichtbarkeit dieser Diskurse.

1. Von kolonialer Ausbeutung zum Klimakollaps – Über die Notwendigkeit von Reparationen

Oumarou F. Mfochivé, Konzeptwerk Neue Ökonomie

Industriestaaten sind die Hauptverantwortlichen der heutigen Klimakrise – dabei sind es die Länder des Globalen Südens, die von den Auswirkungen am stärksten betroffen sind. Sie tragen die Hauptlast der Konsequenzen, wie z.B. erzwungene Klimamigration, Ernährungsunsicherheit und wirtschaftlichen Kollaps.

Der menschengemachte Klimawandel ist das direkte Ergebnis eines Wirtschaftssystems, das während der Kolonialzeit gewaltsam etabliert wurde und auf Plünderung und Versklavung basierte. Die ökonomische und ökologische Ausbeutung endete dabei nicht nach der formellen Unabhängigkeit ehemaliger Kolonialstaaten, sondern wurde durch Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe und an Kreditvergabe gebundene Strukturanpassungsmaßnahmen weitergeführt. Während durch die "Entwicklungshilfe" der "Geberländer" (die Industriestaaten) neue wirtschaftliche Abhängigkeiten zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden geschaffen wurden, profitieren die Industriestaaten weiterhin von der Ausbeutung der Ressourcen des Südens. Das System der "Strukturanpassungspolitik", das angeblich bei der Bewältigung wirtschaftlicher Krisen unterstützen soll, führt somit in Wahrheit zu einer geopolitischen Dominanz der Länder des Globalen Nordens: handle es sich hierbei um Programme der Weltbank und des IWF, oder um unfaire Handelspraktiken sowie die Macht multinationaler Konzerne.

Ein Beispiel dafür ist Kamerun, deutsche Kolonie von 1884 bis 1916. Die Gewalt der deutschen Kolonialherrscher war geprägt von systematischer und struktureller Brutalität sowie der Etablierung eines umfassenden Systems wirtschaftlicher und ökologischer Ausbeutung. Ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung und ihre traditionellen Lebensweisen führte die deutsche Kolonialbesatzung großflächige Monokulturen von Kakao, Tabak und Palmöl ein. Der aus der Aneignung von Rohstoffen und erzwungener Arbeitskraft entstandene Reichtum floss zurück nach Deutschland und trug dort zur auf Kohle basierenden Industrialisierung bei. So wurde Deutschland – mit nur etwa 1 % der Weltbevölkerung – zum viertgrößten historischen Emittenten von Treibhausgasen aus fossilen Brennstoffen.

Bis heute stellen die sozialen und ökologischen Folgen der 32-jährigen deutschen Kolonialherrschaft Kamerun vor große Herausforderungen. Das Land ist besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels und nicht in der Lage, die anhaltenden sozioökonomischen Ungleichheiten zu bekämpfen. Die Abholzung, Monokulturen und Bodendegradation der intensiven Landwirtschaft haben die lokalen Ökosysteme in Kamerun irreversibel verändert und stark geschädigt. Die Ausbreitung von Plantagen, insbesondere in den westlichen Hochländern, hat zu erhöhter Bodenerosion und einem Verlust der Biodiversität geführt. All diese Eingriffe in lokale Ökosysteme haben ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel geschwächt und zu einer bis heute anhaltenden Umweltverletzlichkeit geführt.

Eine Antwort hierauf sind Klimareparationen*:* die Anerkennung struktureller Ursachen von Ungleichheit und konkrete Maßnahmen, die keine paternalistische Entwicklungshilfe sein dürfen und über monetäre Aspekte hinausgehen. Klimareparationen sollen als Instrument zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit, zur Aufhebung illegitimer finanzieller Schulden des Globalen Südens gegenüber dem Globalen Norden und zur Ermöglichung wirtschaftlicher und politischer Selbstbestimmung der Länder des globalen Südens beitragen.

Klimareparationen bedeuten auch, die strukturellen Ursachen anzuerkennen und Maßnahmen zu ergreifen. Das heißt:

- die historischen und strukturellen Wurzeln der heutigen Krisen zu benennen – Kolonialismus, neokoloniale Strukturen und Klimagerechtigkeit – und sich dafür zu entschuldigen;
- moralische und finanzielle Verpflichtungen durch rechtlich bindende Mechanismen einzugehen, um den Kampf gegen den Klimawandel zu finanzieren, Verluste und Schäden auszugleichen und Gerechtigkeit wiederherzustellen – auch wenn Jahrhunderte des Leidens nicht vollständig wiedergutgemacht werden können;
- Ungerechtigkeiten nicht zu wiederholen – was in diesem Fall zu einer grundlegenden Umgestaltung des aktuellen politischen und wirtschaftlichen Systems führen muss.

Weitere mögliche Vorgehensweisen:

- Deutschland sollte 38 Milliarden Euro an Kamerun zahlen – nicht als Entwicklungshilfe, sondern als Ausgleich für historische und klimatische Schäden für 1990 bis 2020.[1]
- Multilaterale Initiativen wie Schuldenerlass oder der Fonds für Verluste und Schäden sind wichtig, reichen finanziell aber bisher nicht aus.
- Es braucht direkte bilaterale Reparationszahlungen zwischen ehemaligen Kolonialmächten und kolonisierten Ländern.
- Gerichtsverfahren bzw. Klagen wie die der Inselgruppe Vanuatu am Obersten Gerichtshof der UN kann als Hebel für Klimareparationen gelten.

2. Reparationen und Klimaschulden: Zur Verantwortung von westeuropäischen Metropolen: Ein Blick nach Großbritannien

Laura Kotzur, Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung, Freie Universität Berlin

In Großbritannien werden seit längerem von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen Reparationen für Versklavung, Kolonialismus und Imperialismus gefordert. Während es auf nationaler Ebene wenig politisches Bemühen zur Aufarbeitung gibt, spielen lokale Initiativen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dieser Beitrag beruht auf Forschungsaufenthalten in Großbritannien im Rahmen des Forschungsprojekts „Knowing Violence, Shaping Justice: Technocratic and Anticolonial Worldmaking“ am Zentrum für Interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung (INTERACT) und meiner Dissertation, die sich mit Reparationen nach dem Britischen Empire beschäftigt. Der Blick nach Großbritannien soll Anregungen dafür geben, wie Gemeinden in Deutschland das Thema Reparationen angehen könnten.

[1] Berechnung anhand von social cost of carbon (SCC) – die gesellschaftlichen Kosten von CO2, Anteil Treibhausgasemissionen von Deutschland und Kamerun, Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre, die Bevölkerungszahlen von Kamerun und Deutschland. https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2025/04/Reparationen_Kamerun_de.pdf, Seite 19.

Das Britische Empire und seine Nachwirkungen

Das Britische Empire war in seiner größten Ausdehnung zu Beginn des 20. Jahrhunderts das größte Weltreich in der Geschichte der Menschheit. Die Grundlage für die ökonomische Entwicklung und den Wohlstand der imperialen Metropole und des britischen Wohlfahrtsstaats bildeten unter anderem der transatlantische Handel von Versklavten, die Plantagenwirtschaft, die auf der Arbeit von Versklavten und Zwangsarbeiter:innen basierte – die sogenannte Plantocracy – sowie Steuerabgaben aus den britischen Kolonien. Der Wohlstand der Metropolen basiert also fundamental auf imperialer Ausbeutung.

Doch so alt wie die systematische Unterdrückung ist auch die Geschichte des Widerstands und der Bewegung für Reparationen. Aktuelle Beispiele hierfür sind der 10-Punkte-Plan der Caricom,[2] der sich an Großbritannien aber auch andere europäische Staaten und die EU richtet und das 2025 durch die Afrikanische Union ausgerufene Jahr der Reparationen.[3] Darüber hinaus formiert sich in Großbritannien selbst die Bewegung für Reparationen zu einem neuen Momentum. Reparationen bedeuten dabei mehr als nur monetäre Kompensation - es geht auch um eine offizielle Entschuldigung, Anerkennung, strukturelle Transformation von Institutionen des Wissens und der Politik, ökonomische Umverteilung und Wohlstand, Bildung sowie die Erneuerung internationaler Beziehungen mit ehemals kolonialisierten Regionen. Und laut einer aktuellen Umfrage sind auch 63 Prozent der Briten für eine formelle Entschuldigung und 40 Prozent für Reparationen.[4] Von staatlicher Seite gibt es jedoch keinerlei Anstrengungen zur Aufarbeitung oder für Reparationen. Lediglich 2012 gab es individuelle Entschädigungszahlungen nach einer Klage von Opfern des Massakers nach dem Aufstand der Mau Mau in Kenia. Die Aktualität der Situation wird besonders deutlich an den Kompensationszahlungen, die Großbritannien jedoch tatsächlich getätigt hat: Nach der formellen Abschaffung der Versklavung wurden an so genannte Sklavenhalter und Plantagenbesitzer Entschädigungen gezahlt - 20 Millionen Pfund, damals 40 Prozent des Staatshaushaltes. Bis 2015 haben die Brit:innen diese Kredite durch Steuern abbezahlt.[5]

Das Beispiel Lambeth

Im Juli 2020 verabschiedete der Gemeinderat Lambeth den Antrag "Atonement and Reparations for the United Kingdom's Transatlantic Traffic in Enslaved Africans" (Versöhnung und Reparationen für die Rolle von Großbritannien im Transatlantischen Handel von versklavten afrikanischen Menschen).[6] Der Antrag legt den Schwerpunkt auf die Kontinuitäten des Leids der Betroffenen: systemischer Rassismus, Diskriminierung und Ungleichheit in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Beschäftigung, Strafjustizsystem und Bildung, aber auch Polizeigewalt, Einwanderungshaft sowie der Tod von Schwarzen Brit:innen in Gefängnissen, Psychiatrien und durch die Polizei. Gleichzeitig werden aber auch die Kontinuitäten des Nutzens für Brit:innen thematisiert: der Wohlstand der Gemeinde, aber auch von privaten Unternehmen und Familien. Beide Kontinuitäten prägen bis heute die Lebensumstände verschiedener Gruppen in Großbritannien, auch

---

[2] Caribbean Community (CARICOM) (o. J.). *CARICOM Ten-Point Plan for Reparatory Justice*. Verfügbar unter: https://caricom.org/caricom-ten-point-plan-for-reparatory-justice/ (Zugriff am: 4. Juni 2025)

[3] African Union (o. J.). *AU Theme of the Year 2025*. Verfügbar unter: https://au.int/en/theme/2025 (Zugriff am: 4. Juni 2025)

[4] Repair Campaign (o. J.). *Public Support for Slavery Reparations and Formal Apology Grows—But Majority Unclear on Full Extent of Britain's Role in Transatlantic Slavery*. Verfügbar unter: https://repaircampaign.org/dive-into-history/public-support-for-slavery-reparations-and-formal-apology-grows-but-majority-unclear-on-full-extent-of-britains-role-in-transatlantic-slavery/ (Zugriff am: 4. Juni 2025)

[5] University College London (o. J.). *Legacies of British Slavery: Context*. Verfügbar unter: https://www.ucl.ac.uk/lbs/project/context/ (Zugriff am: 4. Juni 2025)

[6] Lambeth Council (o. J.). *Lambeth Council Agenda Item 46459*. Verfügbar unter: https://moderngov.lambeth.gov.uk/mgAi.aspx?ID=46459 (Zugriff am: 4. Juni 2025)

in Lambeth. Der Antrag adressiert nicht nur historische Verbrechen des Kolonialismus und der Versklavung, sondern auch die Verbrechen des Neokolonialismus. Dies ist im Kontext von Klimareparationen besonders wichtig, da häufig unter historischer Gerechtigkeit eine abgeschlossene Vergangenheit impliziert wird. Bei Forderungen nach Reparationen in Großbritannien ist es jedoch spannend zu sehen, dass die andauernden Verbrechen des Neokolonialismus auch auf struktureller und systemischer Ebene genannt werden. Immer wieder wird betont: "We have to stop the harm" - die andauernden Verbrechen und Verletzungen müssen zuerst gestoppt werden, bevor von Wiedergutmachung gesprochen werden kann.

Der Antrag unterstreicht die Bedeutung von Anerkennung und einer offiziellen Entschuldigung und unterstützt das Framework der Vereinten Nationen zu Reparationen, das fünf Punkte umfasst: Restitution, Kompensation, Rehabilitation, Zufriedenheit und die Garantien der Nicht-Wiederholung.[7] Gefordert wird in dem Antrag außerdem eine „All-Party Parliamentary Commission of Inquiry for Truth and Reparatory Justice", die als Institution der Wahrheitsfindung die Auswirkungen auf das soziale, politische und wirtschaftliche Leben im Vereinigten Königreich und in der übrigen Welt untersuchen soll. Eine solche Kommission gibt es auf nationaler Ebene derzeit noch nicht, dafür aber eine „All-party Parliamentary Group on Reparations".[8]

Das Beispiel Bristol

Dem Beschluss des Antrags zu Reparationen in Bristol 2021 geht eine längere Geschichte der Aufarbeitung mit der Vergangenheit voraus. 2019 wurde die Legacy Steering Group (heute Bristol Legacy Foundation) gegründet und 2020 folgte das Project T.R.U.T.H. (Telling Restoring Understanding our Tapestry and History), ein sechsmonatiges Konsultationsverfahren mit einer wöchentlichen Radioshow, Veranstaltungen, Fokusgruppen und einer Umfrage. Nachdem während der Black Lives Matter-Proteste die Statue von Colston gestürzt wurde, entstand 2021 die "We are Bristol"-History Commission zum Umgang mit der Statue. Im gleichen Jahr wurde dann auch der Antrag „Atonement and Reparation for Bristol's role in the Transatlantic Traffic in Enslaved Afrikans"[9] durch den Stadtrat beschlossen. Er konzentriert sich stärker auf die Verantwortung der Gemeinde Bristol statt auf die nationale Regierung.

Der Antrag bezieht sich ebenfalls auf die UN-Richtlinien zu Reparationen, versteht sie als ganzheitlich und empfiehlt, sich nach den fünf Prinzipien zu richten. Bristol soll als Institution seine Stimme für ganzheitliche Wiedergutmachung erheben und aktiv Reparationen und Wiedergutmachung anstreben. Gleichzeitig wird im Antrag aber auch betont: "Niemand hat eine Antwort darauf, wie Reparationen genau aussehen sollen. Deshalb fordern wir einen reparativen Prozess, bei dem viele der Stimmen in unseren Gemeinschaften gehört werden, die betroffen sind und oft nicht gehört werden" (eigene Übersetzung). Der gemeinsame Prozess soll dabei im Fokus stehen und erarbeiten, was Reparationen bedeuten und wie sie umgesetzt werden können. Und auch Bristol fordert eine „All-Party Parliamentary Commission of Inquiry for Truth and Reparatory Justice" auf nationaler Ebene mit dem Ziel, den Umfang möglicher Reparationen zu erarbeiten. Dies könnte beispielsweise Bedenken darüber einschließen, wie sich Steuerzahler:innen bis 2015 an Entschädigungen beteiligen mussten, die an Plantagenbesitzer gezahlt worden waren. Im März 2024 startete die Bristol Legacy Foundation stadtweite Initiativen für reparative Gerechtigkeit, womit die praktische Umsetzung der theoretischen Forderungen begann.

---

[7] United Nations (2005). *Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violations of International Humanitarian Law, A/RES/60/147*. Verfügbar unter: https://docs.un.org/en/A/RES/60/147 (Zugriff am: 4. Juni 2025)

[8] All-Party Parliamentary Group on African Reparations (o. J.). *APPG on African Reparations*. Verfügbar unter: https://www.appg-ar.org/ (Zugriff am: 4. Juni 2025)

[9] Bristol City Council (2021). *Full Council Agenda, 2 March 2021*. Verfügbar unter: https://democracy.bristol.gov.uk/documents/g8692/Agenda%20frontsheet%2002nd-Mar-2021%2016.00%20Full%20Council.pdf?T=0 (Zugriff am: 4. Juni 2025)

Die Verantwortung westeuropäischer Metropolen

Die Beschlüsse und die lokalen Initiativen in den britischen Gemeinden zeigen drei zentrale Erkenntnisse auf: Erstens wird eine direkte Verbindung zwischen historischen Verbrechen wie Versklavung und Kolonialismus mit heutigen neokolonialen Strukturen und Ungleichheiten hergestellt. Zweitens werden lokale und globale Ungleichheiten miteinander verknüpft, wobei systematische Ausbeutungspolitiken sowohl auf regionaler als auch internationaler Ebene wirken. Drittens bleibt jedoch die konkrete Verbindung zwischen historischer Gerechtigkeit und gegenwärtiger transnationaler Verantwortung weitgehend ungeklärt – es fehlen politische Strategien und Definitionen, wie historische Schuld in aktuelle Verpflichtungen auch auf internationaler Ebene übersetzt werden soll. Die Beispiele aus Lambeth und Bristol zeigen, dass die Aufarbeitung noch stark auf lokaler Ebene gedacht wird. Sie werfen aber auch die Frage nach der besonderen Verantwortung westeuropäischer Metropolen auf globaler Ebene auf. Als (ehemalige) Zentren imperialer Macht, die von Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen profitierten, kommt ihnen heute eine besondere Verantwortung und Handlungsmacht zu. Sie können, wie die Beispiele zeigen, dort vorangehen, wo nationale Regierungen versagen, und konkrete Schritte zur Aufarbeitung und Wiedergutmachung einleiten.

3. Global gerechte Stadtpolitik im Kontext von Klimaschulden und Reparationen

Serttas Dündar, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER)

Bedeutung der (Groß)Städte für Klimaschulden und Reparationen

Städte tragen laut UN-Habitat rund 70 % zu den globalen, energiebedingten CO_2-Emissionen bei (vgl. UN- Habitat 2024: 5)[10]. Als Zentren von Konsum, Ressourcenverbrauch und infrastruktureller Verdichtung sind sie damit maßgeblich für die Externalisierung ökologischer und sozialer Kosten verantwortlich. Westeuropäischen Städten kommen aufgrund ihrer kolonialen und neokolonialen Verstrickungen eine besonders hohe Verantwortung zu. Daher sollte in den westeuropäischen Städten das Thema Klimaschulden und Reparationen auf die politische Agenda gesetzt werden.

Städte sind Orte, die Ressourcen anhäufen, die häufig aus ausbeuterischen globalen Produktionen stammen. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft könnte in Städten in Zukunft „urban mining“ als Rohstofflager erfolgen, aus denen Materialien rückgebaut und wiederverwendet werden – etwa durch Entsiegelung und stoffliche Wiederverwertung. Damit profitieren die Städte langfristig von diesen Rohstoffen.

Gleichzeitig sind Metropolen auch Orte von Innovation und gesellschaftlichem Wandel. Hier entstehen neue Technologien und soziale Bewegungen, die global ausstrahlen. Dieses Potenzial wird von Unternehmen längst für Produktvermarktung genutzt. Es kann jedoch ebenso für progressive Anliegen wie klimagerechte Transformation und Wiedergutmachung genutzt werden. Städte könnten beispielsweise Vorreiter bei der Entwicklung von lokalen Ausgleichsmechanismen, finanziellen Abgaben oder Restitutionsmodellen sein.

Ein weiterer Vorteil: In Hauptstädten und politischen Zentren ist die Nähe zu politischen und supranationalen Institutionen gegeben – was Chancen für strategische Advocacy-Arbeit und eine wirksame politische Positionierung bietet. Hier können Bündnisse geschmiedet und Forderungen direkt an politische Entscheidungsträger*innen herangetragen werden. Schließlich sind Städte Zentren von Wissenschaft, Kunst und Kultur – und damit auch Orte von demokratischer

[10] UN-Habitat (United Nations Human Settlements Programme) (2024): Annual Report 2023.

Auseinandersetzung. Sie prägen gesellschaftliche Narrative, produzieren Deutungshoheit und gestalten den öffentlichen Raum. Sie entscheiden mit darüber, welches Wissen sichtbar wird und welche Perspektiven Anerkennung finden. Umso wichtiger ist es, sich aktiv an diesen Kämpfen zu beteiligen, eigene Narrative zu entwickeln und Gegenhegemonien aufzubauen.

Die Ebene des Vergebens in Berlin[11]

Berlin ist vielfältig in das koloniale Projekt und seine Folgen verstrickt: In Treptow-Köpenick etwa durch sogenannte Völkerschauen, in Mitte durch einen rassistischen Straßennamen. Auch die Segregation migrantischer und rassifizierter Menschen in bestimmten Stadtteilen ist Teil von kolonialen Strukturen, die bis heute andauern. In Mitte fand bspw. die historische Afrikakonferenz 1892 statt, an dem ebenso das Osmanische Reich beteiligt war und der Kontinent Afrika unter den Mächten aufgeteilt wurde. Eine Entschuldigung dafür ist daher auch nötig für diese Stadt. Berlin war historisch mit all ihren Institutionen (Vereinen, Unternehmen, Wissensbetrieben und Verwaltungsstrukturen) an den kolonialen Ausbeutungsverhältnissen beteiligt. Eine Entschuldigung muss daher auch von Unternehmen, Kulturbetrieben und Universitäten erfolgen, die ihre Vergangenheit und Gegenwart aufarbeiten.

Die Ebene der Entschädigung

Die Anerkennung der kolonialen und postkolonialen Wirksamkeiten und eine Entschuldigung wäre ein Paradigmenwechsel mit großen Auswirkungen. In diesem Kontext sollen Beispiele genannt werden, die für das Feld Globale Gerechtigkeit wichtig sind.

Die Süd-Nord-Partnerschaftsarbeit müsste neu ausgerichtet werden. Akteure aus dem Globalen Norden übernehmen Verantwortung und unterstützen Regionen des Globalen Südens, nicht aus einer moralischen Haltung des Helfens heraus, sondern als Ausgleich für ihre koloniale und neokoloniale Schuld. Dies führt zu einem bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit globalen Ungleichheiten. In der Migrationspolitik würde die Aufnahme von Menschen, die aus Not oder aufgrund von Klimaschäden fliehen, nicht als Akt der Großzügigkeit verstanden, sondern als Verpflichtung. Die Weitergabe von Wissen, etwa durch die Aufhebung von Patentrechten, würde dazu beitragen, globale Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Städte könnten steuerliche Abgaben an die betroffenen Regionen im Globalen Süden leisten, deren Höhe sich an ihrer historischen und aktuellen Verstrickung in Kolonialismus und Neokolonialismus orientiert.

Die Ebene der Garantie der Nicht-Wiederholung

Die Garantie der Nicht-Wiederholung verpflichtet die Stadt zu einem global gerechten sozial ökologischen Wandel. Alle Veränderungsprozesse müssen auf ihren globalen Auswirkungen überprüft werden. Postwachstumsökonomie müssen gefördert werden, damit sich langfristig der städtische Ressourcenverbrauch senkt.

Hauptaktivitätsfelder der global gerechten Stadtentwicklung und Fragestellungen

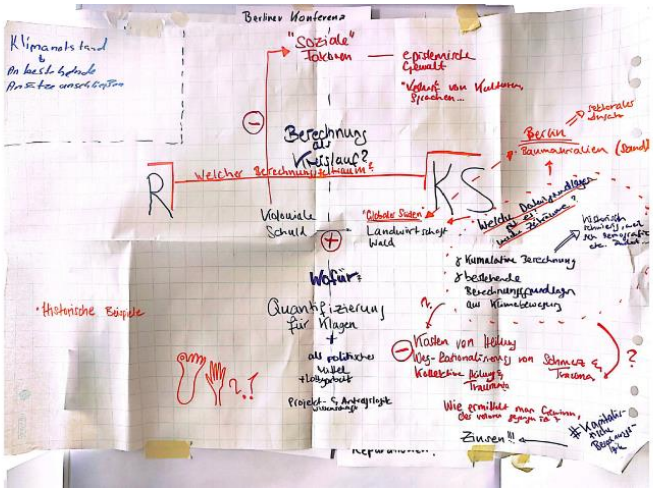
Zu den Hauptaktivitätsfeldern sehen wir als Verband für globale Gerechtigkeit Süd-Nord-Partnerschaftsarbeit, das Globale Lernen, die global gerechte Stadtentwicklung und faire Ökonomien. Dekolonisierung, Anti-Rassismus und Machtkritik sind eigenständige Themenfelder und gleichzeitig Querschnittsthemen. Die Arbeit zu globalen Themen ist ein Beitrag zur lokalen Demokratie und zum globalen sozial-ökologischen Wandel.

[11] In Anlehnung an Maxine Burket (2009): Climate Reparations, in: Melbourne Journal of International Law 10.

4. Workshop-Ergebnisse

Wie kann die Klimaschuld einer Stadt (Berlins) berechnet werden?

Hosting: Serttas Dündar und Marah Koch Manzur (BER)



Die Quantifizierung von Schäden, die im Zusammenhang mit kolonialer Ausbeutung oder verursachten Umweltzerstörung stehen, ist äußerst schwierig. Viele der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen lassen sich nicht eindeutig einzelnen Ursachen zuordnen. Eine Geldzahlung erweckt zudem den Eindruck, als ließe sich Schuld durch einen finanziellen Ausgleich begleichen. Doch das Ausmaß des verursachten Leids ist so tiefgreifend, dass kein Geldbetrag dieser Schuld je gerecht werden kann. Dennoch kann eine Bezifferung notwendig sein, um das Unrecht sichtbar zu machen und sie eventuell juristisch einzufordern.

Um die Kosten und Schäden des Kolonialismus und Neokolonialismus gesellschaftspolitisch einzuordnen, ließe sich überlegen, ob für westeuropäische Städte ein Konzept wie ein „kolonialer Fußabdruck" oder ein „dekolonialer Handabdruck" entwickelt und berechnet werden könnte. Als Vorbild können Berechnungen zu Klimaschäden dienen. Derzeit wird der Fußabdruck einer Stadt geschätzt, um die CO2-Emissionen zu berechnen. Der „Fußabdruck" misst die Fläche bzw. Ressourcen, die nötig sind, um Energieverbrauch (Strom, Wärme, Verkehr), Konsumverhalten (Lebensmittel, Güter, Dienstleistungen), Abfallproduktion (inkl. CO_2-Emissionen) und Flächennutzung (Siedlungen, Infrastruktur, versiegelte Flächen) zu berechnen.[12]

Als Gegenmodell zum CO_2-Fußabdruck hat das indische Centre for Environment Education (CEE) den ökologischen Handabdruck entwickelt, für den Germanwatch in Deutschland sensibilisiert. Der Handabdruck beschreibt Handlungen, die auf strukturelle Veränderungen abzielen, um Emissionen dauerhaft zu reduzieren. Im Zentrum steht dabei nicht das individuelle Konsumverhalten, sondern das Engagement für politische, rechtliche oder institutionelle Veränderungen – also für Regeln, Gesetze, Vorgaben oder Selbstverpflichtungen, die tiefgreifenden Wandel ermöglichen. Anstatt dass

[12] Global Footprint Network (2017): City Footprints: Data for Action. Abgerufen am 02.06.2025, [https://www.footprintnetwork.org/2017/02/18/city-footprints-data-action/]

Einzelpersonen nur noch fair gehandelte Produkte kaufen, bemüht sich die Person um eine verbindliche Regelung in seiner eigenen Institution für den Kauf von fairen Produkten. Sowohl der Fußabdruck als auch der Handabdruck können als Vorbilder fungieren, um ähnliche Modelle für Klimaschulden und Dekolonisierung zu entwickeln.

In seinem Beitrag zu Klimaschulden stützt sich Oumarou Mfochivé auf den Indikator des Social Cost of Carbon (SCC). Diese Berechnungsmethode schätzt die gesellschaftlichen Kosten, die durch den Ausstoß von CO_2 verursacht werden – also die wirtschaftlichen Schäden, die mit jeder zusätzlich emittierten Tonne CO_2 verbunden sind. Laut Konzeptwerk Neue Ökonomie belaufen sich die Netto-Klimaschulden Deutschlands gegenüber Kamerun für den Zeitraum von 1990 bis 2020 auf knapp 38 Milliarden Euro. Wird diese Summe auf die deutsche Gesamtbevölkerung aufgeteilt, ergibt sich für Bevölkerungsteil in Berlin eine Verantwortung an den deutschen Klimaschulden in etwa von 1,69 Milliarden Euro. Die Berechnung würde allein die Klimaschulden gegenüber Kamerun zum Ausdruck bringen.

Wenn eine Methode gefunden wird, um die Klimaschulden der Stadt zu berechnen, könnte die Formel genutzt werden, um die täglich steigenden Klimaschulden auf einer digitalen Anzeige darzustellen.

Sammlung aus dem Austauschraum

- Für die Berechnung von Reparationen sollten historische Beispiele herangezogen werden. Deutschland musste beispielsweise nach dem Ersten Weltkrieg Reparationen zahlen.
- Reparationen (also Entschädigungsleistungen) sollten nicht als einmalige Zahlungen gedacht, sondern in einen Zusammenhang eingebettet werden — im Sinne einer wiederkehrenden Verantwortung, strukturellen Umverteilung oder nachhaltigen Gerechtigkeit.
- Klimaschulden und Klimareparationen sollten von Reparationen, die keinen direkten Bezug zum Klima haben, abgegrenzt werden. Letztere würden sich auf die historische Schuld durch Versklavung und Kolonialismus beziehen. Wenn die Berechnung über eine längere Epoche vorgenommen wird, gibt es keine eindeutige Trennung, aber die Zusammenhänge von Kolonialismus und Klimakrise werden sichtbar. Eine Berechnung sollte darauf Bezug nehmen.
- Soziale Schäden sind schwer messbar, genauso wie epistemische Gewalt (Verlust von Kulturen, Wissen und Sprachen) oder die Kosten für die Heilung von Traumata und Schmerz. Ist ihre Quantifizierung ethisch vertretbar?
- Auf einzelne Wirtschaftssektoren geschaut, zum Beispiel: Wie hat Berlin von Baumaterialien profitiert und sich gegenüber dem Globalen Süden verschuldet?
- Es muss auch der entgangene Gewinn mit dem durchschnittlichen Zinssatz für Kredite des jeweiligen Jahres verzinst berechnet werden. Ist diese kapitalistische Logik hilfreich, wenn sie selbst eine Ursache der ökologischen und sozialen Krisen ist?
- Klimaschulden und Reparationen sollte in die lokale Verwaltung oder auch in die Förderpolitik getragen werden. Sie könnten im Berliner Notstandsgesetz benannt werden.

Welche Formen von Reparationen sind denkbar und wie kann eine Stadt wie Berlin diese leisten?

Hosting: Jaqui Steinberger (BER)

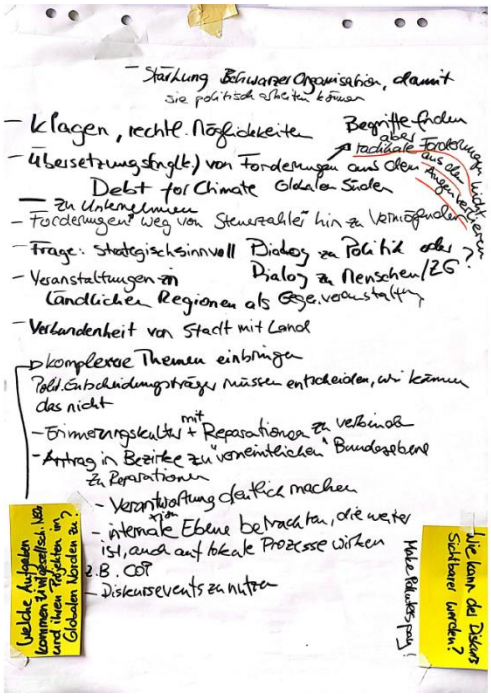
Sammlung aus dem Austauschraum

- Um Reparationen zu leisten, muss zunächst die kulturelle und historische Anerkennung der Kontinuität des Kolonialismus stattfinden. Damit geht die Frage mit einher „Wo fangen wir an?", „Wie verläuft die Kommunikation über Reparationen?" und „Wie kann die Kommunikation „starten"?
- Um eine Anerkennung der kolonialen Kontinuität zu gewährleisten, muss erstmal eine öffentliche Entschuldigung stattfinden. Stichwort: ‚cost and loss"
- Ebenso muss ermittelt werden, was genau Reparation für Menschen des Globalen Süden bedeutet. Was wird im Globalen Süden gefordert?
- Gleichwohl kann eine Stadt wie Berlin eine Form der Reparation leisten, indem die Expertise aus dem Globalen Süden Einzug in den Diskurs des Globalen Nordens findet. Dabei müssen Länder des Globalen Nordens die Forderung der Länder des Globalen Südens ernstnehmen, anerkennen und dementsprechend in den Diskurs um Klimaschulden und Reparationen integrieren. Es bräuchte eine Vernetzung von verschiedenen Konzepten, Theorien, Organisationen, Verbänden und Netzwerken in Berlin.
- Eine weitere Form von Reparation ist die Veränderung des Wirtschaftssystems, welches Asymmetrien aufrechterhält (Stichwort: Post-Growth). Wobei eine bilaterale Städtepartnerschaft auf Augenhöhe essenziell ist.
- Berlin kann weitere Formen der Reparationen leisten, indem in der Zivilgesellschaft ein Bewusstsein für die Themen Klimaschulden und Reparation durch Bildungsangebote und öffentlich zugängliche Medien (wie bspw. Podcast), welche sich mit Klimaschulden und Reparationen beschäftigen, geschaffen werden.
- Weitere Formen der Reparation, die eine Stadt wie Berlin leisten kann, ist die Rückführung und Rückgabe von Kulturgütern/ Artefakten/ Raubkunst und menschlichen Gebeinen. Dabei muss die Zivilgesellschaft (sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden) stärker eingebunden werden.
- Berlin muss als Hauptstadt, die Rolle Berlins während des Kolonialismus betonen, denn in Berlin fand schließlich die Berliner Konferenz statt. Wobei Grenzen gezogen wurden, welche ausschlaggebend für die heutigen Konflikte in Ländern des Globalen Süden sind.

Schließlich muss politischer Druck aus der Zivilgesellschaft kommen, damit die verschiedenen Formen von Reparationen durchgesetzt werden.

Welche Aufgaben kommen zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihren Projekten im Globalen Norden zu?

Hosting: Sylvia Werther (BER)



Auch in der Zivilgesellschaft im Globalen Norden gibt es vielfältige Organisationsformen, Ansätze und Zugänge. Um die Frage für die Organisationen zu beantworten, ist es wichtig, zu beschreiben, wer die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind, die zu dem Thema Reparation und Klimaschulden arbeiten. Wie ist ihre Positionierung in der Gesellschaft? Ob sie marginalisiert oder privilegiert ist, macht einen Unterschied, welche Aufgaben sinnvoll und nötig sind. In gemeinsamen Bündnissen ist es wichtig, dass die Aufgaben verteilt sind, sowohl nach Selbstverständnis der Organisation (was ist unsere Aufgabe als NGO und erst dann auf das Thema bezogen), als auch nach Zugängen (wer kann was leisten?) Welche Werte und Ansätze sind in der Zusammenarbeit wichtig?

Sammlung aus dem Austauschraum

- Ziel in der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Globalen Norden und mit dem Globalen Süden zum Thema ist es, eine Repräsentation und Sprechrollen von Betroffenen zu erreichen.
- Es braucht noch mehr Informations- und Bildungsarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen über den Kolonialismus, die damit einhergegangenen Verbrechen und die bis heute andauernden Folgen. Dies ist auch nötig, um die Themen überhaupt im Globalen Norden besprechbar zu machen.
- Das Thema Klimaschulden und Reparationen sollte in Bildungsmaterialien zur sozial-ökologischen Transformation aufgenommen werden.

- Der Diskurs rund um Reparationen und Klimaschulden ist von der Entwicklungszusammenarbeit abzutrennen, da es um Wiedergutmachung geht und nicht um Entwicklungszusammenarbeit.
- In der politischen Strategie von zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die Reichtum auf Kosten des Globalen Südens aufgebaut haben.
- Im Diskurs ist nötig, das zivilgesellschaftliche Organisationen verschiedene Themen von Klima, Schulden, Steuergerechtigkeit und Reparationen miteinander verbinden.

Wie kann der Diskurs um Klimareparationen sichtbarer werden, so dass die Forderungen bei Entscheidungsträger*innen ankommen?

Hosting: Becky Fullerton (BER)

Damit Forderungen nach Klimareparationen politische und gesellschaftliche Wirkung entfalten, muss der bislang oft fachliche Diskurs zugänglicher und sichtbarer werden. Wie können wir ihn übersetzen, um die Relevanz und Dringlichkeit der Themen mehr Menschen zu vermitteln? Dafür braucht es eine gezielte und gut durchdachte Kommunikationsstrategie. Wichtige Räume dafür sind Nachrichtenmedien, soziale Netzwerke, Veranstaltungen, Filme und Publikationen.

Drei Fragen stehen im Zentrum jeder Kommunikation:

- **Wer spricht?** (Repräsentation)
- **Mit wem wird gesprochen?** (Zielgruppe)
- **Was soll erreicht werden?** (Ziel)

Botschaften müssen je nach Zielgruppe – etwa Politik, Medien oder betroffene Gemeinschaften – spezifisch formuliert und an Werte, Interessen und Kontexte angepasst werden. Zentral ist, dass die Stimmen aus betroffenen Regionen im Zentrum stehen und den Diskurs aktiv mitgestalten. Ihre Perspektiven sollen sichtbar im Mittelpunkt stehen. Gleichzeitig braucht es mehr Dialog vor Ort, um Anknüpfungspunkte über gemeinsame Interessen und Erfahrungen zu schaffen

Sammlung aus dem Austauschraum

- Auch wenn der politische Raum in Deutschland derzeit wenig offen für direkte Forderungen nach Klimareparationen scheint, lassen sich strategische Anknüpfungen nutzen – etwa über Debatten zu Vermögenssteuern, globaler Gerechtigkeit oder internationaler Verantwortung. Inspiration hierfür liefern die Kampagnen Make Polluters Pay, Tax the Rich und Debt For Climate.
- Eine zweite strategische Überlegung ist, Bildungs- und Aufklärungsarbeit gezielt zu stärken. Wenn mehr Menschen die historischen und globalen Zusammenhänge verstehen, wächst der öffentliche Rückhalt – und damit der Druck, politische Forderungen konsequenter umzusetzen.

- Die Herausforderung bleibt, den Fachdiskurs für verschiedene Zielgruppen und Kanäle zu übersetzen – ohne radikale Forderungen zu verwässern. Dafür braucht es klare Botschaften, die an gemeinsame Werte und konkrete Lebensrealitäten anknüpfen.

Zentrale Quellen

Konzeptwerk Neue Ökonomie (2024). Dossier: Klimaschulden. Verfügbar unter: https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2024/07/Dossier_Klimaschulden_digital.pdf (Zugriff am: 4. Juni 2025).

Konzeptwerk Neue Ökonomie (2025). Was Deutschland Kamerun Schuldet. Über die Notwendigkeit von Klimareparationen. Verfügbar unter: https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2025/04/Reparationen_Kamerun_de.pdf (Zugriff am: 4. Juni 2025).

Ndongo Samba Sylla, Kai Koddenbrock (eds.) (2025): Delinking and Global Reparations - Alternative Perspectives on the Socio-Ecological Crisis. transcriptVerlag, URL: [https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-7665-5/delinking-and-global-reparations/]

Burkett, Maxine (2009): Climate Reparations, in: Melbourne Journal of International Law 10.

Ausblick

Das Thema Reparationen und Klimaschulden war ein Schwerpunkt der BER-Konferenz „Berlin Global Gerecht – Gemeinsam die Stadt verändern“, am 20. September 2024. Wir greifen die Hauptthemenfelder der Konferenz auf und vertiefen diese in Fachgesprächen, um zu beschreiben, was die Konturen einer global gerechten Stadt ausmachen. Für März 2026 ist ein weiteres Fachgespräch zu dem Thema „Berlin als Postwachstumsstadt“ geplant. Die Ergebnisse werden in eine größere Publikation münden.

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmenden und Beitragenden, die mit ihrer Expertise und ihren Erfahrungen zum Erfolg des Fachgesprächs beigetragen haben.

EINE WELT STADT BERLIN

Impressum

Herausgeber: Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER), Berlin Juni 2025

Der BER ist ein Netzwerk von mehr als 120 entwicklungspolitischen Gruppen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Berlin für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der BER bietet eine Plattform zum Austausch und zur Qualifizierung der entwicklungspolitischen Arbeit. Er setzt sich gegenüber der Berliner Landespolitik für ein zukunftsfähiges Berlin in einer globalisierten Welt und für eine starke Zivilgesellschaft ein. Der BER steht für die »Eine Welt Stadt Berlin«: Sie ist die Vision von einer nachhaltigen Stadt in einer gerechten Welt. An dieser Vision arbeiten wir gemeinsam mit den Berliner*innen und dem Land Berlin. Wir denken Landesentwicklungspolitik neu: weg von der Entwicklung Anderer hin zu einer Veränderung unserer Stadt.

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER e.V.)

Am Sudhaus 2, 12053 Berlin

E: info@eineweltstadt.berlin

W: www.eineweltstadt.berlin

V.i.S.d.P.: Sylvia Werther (BER)

Gesamtkoordination BER-Fachgespräch: Serttaş Dündar

Redaktion: Serttaş Dündar, Becky Fullerton, Marah Koch Manzur, Alexander Schudy, Jaqui Steinberger, Sylvia Werther

Das Projekt wird gefördert von

BERLIN
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

und von Engagement Global mit Mitteln des

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für die Inhalte der Publikation ist allein der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.